

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Das neue Baden. 1948-1949 1948**

103 (13.11.1948)

# DAS NEUE BADEN

TAGESZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR BADEN

HEUTE  
Romanbeilage

Verlag: Demokratische Verlagsgesellschaft mbH, Lehr (Baden), Bankkonto: Oberbadische Bank, Filiale Lehr, Postfachkonto 4600 Freiburg; Redaktion: Lehr, Telefon 8505 — Geschäftsstelle und Postfachkonto Karlsruhe 2264, Geschäftsstelle und Postfachkonto Baden — Geschäftsstelle und Postfachkonto Offenburg, Telefon 1539 — Geschäftsstelle und Postfachkonto Freiburg i. Br., Telefon 826 — Geschäftsstelle und Postfachkonto Löffelz, Telefon 8611 — Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag, Samstag — Bezugspreis: DM 2,50 einschließlich Transport, DM 2,70 bei Postbezug — Gültige Anzeigen- und Preisliste 4 — Telefon: 2857 — und Bankkonto: „Krebitalia“

NR. 103/2. JAHRG.

A 8

SAMSTAG, DEN 13. NOVEMBER 1948

PREIS 30 PFENNIG

## Mut zu politischem Bekenntnis!

Ernster Appell an politisches Treibholz und Flugsand / Am 14. November geht es um die große politische Linie und das politische Ziel  
Noch lebt der liberale Gedanke / Für die Souveränität des badischen Volkes

Demontagestop bis Dezembermitte — Um die Ruhrkontrolle — Gerüchte um USA-Garantie für Rußlands Sicherheit

Wenn diese Zeilen in die Hände des Lesers gelangen, ist der Wahlkampf der Parteien praktisch abgeschlossen. Seine Majestät der Wähler hat das Wort. Wenn er sich morgen entscheidet, so geht es nicht um eine Partei, wenn seine Stimme auch der Partei seiner Wahl zugute kommt, sondern es geht um nichts Geringeres als um Wohl und Wehe des südbadischen Volkes. Parteien sind notwendig, weil es für den einzelnen keinen anderen Weg der Einflußnahme auf Gemeinde und Staat als über die Parteien gibt. Mögen sie wie alles Menschenwerk Unvollkommenheiten und Mängel haben, so sind sie doch die einzigen Ausdrucksformen bestimmter Ideenrichtungen, denen die Wähler zustimmen oder die sie verworfen können. Ob und welchen Gebrauch der einzelne von seinem Recht der Mitbestimmung macht, bestimmt Inhalt und Geist der Gesetze, unter denen er und seine Kinder dann leben müssen. Darin liegt die ganz persönliche Verantwortung des Staatsbürgers, von der ihn nichts entbindet. Von den Folgen der Entscheidung, die der Urnenamtag bringen wird, bleibt niemand unberührt, nicht der politische Mensch, der seine Stellungen bezieht und zur Urne geht, und nicht das Heer der Unentschiedenen und politischen Kastraten.

Selbstverwaltungsstellen unseren Anspruch untermauern, ein selbstbestimmendes Kulturvolk zu sein, ob und wie wir die Jugend erziehen und für ein barockes Leben vorbereiten, den Kriegsbomben, die flüchtigen und Ausgebombten helfen und denen, die auf der schattenseite des Lebens stehen, ihr schweres Los erleichtern. Darüber hinaus bilden kommunale Wahlen auch die Grundlage für das ganze politische Leben und den Aufbau des Staates. Das haben erst unlängst die Gemeindevahlen im industriereichen Nordrhein-Westfalen bewiesen, wo die Kommunisten gegenüber den letzten Landtagswahlen fast die Hälfte ihrer Wählerchaft eingebüßt haben. Gewiß, bei Gemeindevahlen stehen Persönlichkeit und örtliches Geschehen im Vordergrund. Aber es geht um mehr als darum, ob nun Hinz und Kanz Gemeinde- oder Kreisräte werden, auf die große politische Linie und das politische Ziel kommt es an. Gemeinden und Kreise stehen nicht isoliert für sich allein, sie sind eingeschaltet in die übergeordnete Gemeinschaft des Staates, der je nach der parteipolitischen Mehrheitsbildung ihre Selbstverwaltungs-freiheit beschneiden oder fördern kann. Folgen der Währungsreform, der Demontagen, der Sozialpolitik — Fragen, die auf der höheren Ebene entschieden werden — kommen auf dem Rücken der Gemeinden zum Austrag. Politische Hochspannung, die gegenwärtig zur Entscheidung für oder gegen Freiheit und Demokratie drängt, wirkt sich auf das Leben jeden Staatsbürgers aus, und so bekommen auch die Gemeindevahlen unweigerlich eine hochpolitische Note. Ganz deutlich hat das der hinter uns liegende Wahlkampf gezeigt, der da und dort nach dem Muster der Propagandamethoden des Dritten Reiches geführt wurde, gleichzeitig an die höchsten und niedrigsten Instinkte zu appellieren und damit die erwünschte Begriffsverwirrung zu schaffen.

Die Demokratische Partei hat in diesem Wahlfeldzug von Anfang an klare und feste Positionen eingenommen und, zumeist von der Überlegenheit einer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung überzeugt, Partei gegen bürokratische Staatsreglementierung und für die Freiheit der Persönlichkeit ergriffen. Freiheit des Menschen bedeutet alles andere als Saranakenlosigkeit. Wer nicht das ganz klare Wissen um die Verantwortung gegenüber dem Ganzen besitzt, ist kein liberaler Mensch. Man hat im gegnerischen Lager behauptet, der liberale Gedanke sei tot. Für die freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung wäre es ein Unglück, wenn dem so wäre, denn liberal sein, ist eine Geisteshaltung, bedeutet Anständigkeit, Gerechtigkeit, Duldsamkeit. Daß der liberale Gedanke nicht gestorben ist, haben vor zwei Monaten die Wahlen zur Zweiten Kammer des Schwedischen Reichstags bewiesen. Auch im dortigen Wahlkampf ging es um die grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen „geplanter“ und „freier“ Wirtschaft. Mit einer Verdoppelung ihrer Stimmen und Mandate und mit Eroberung der Hauptstadt Stockholm, der jahrzehntelangen Hochburg der Sozialdemokratie, hat die schwedische Liberale Volkspartei die Auseinandersetzung zu ihren Gunsten entschieden.

nüchtern überdenkt, muß zu der Überzeugung kommen, daß wir alle noch viel ärmer werden, als wir es heute schon sind. Aber auch Armut darf nicht die Grenzen des Erträglichen überschreiten. Darum haben wir an dieser Stelle und die demokratische Fraktion im Landtag immer wieder die Forderung nach äußerster Sparsamkeit der öffentlichen Hand erhoben. Es ist selbstverständlich bedeutend leichter, Ausgaben und Aufgaben in Staat und Verwaltung als etwas Gegebenes hinzunehmen, als an die Entflechtung der Bürokratie Hand anzulegen. Nur mit Verwunderung liest man den Prüfungsbericht über die Verwaltung für Wirtschaft, die zu zwei Dritteln von der Christlich-Demokratischen Union beherrscht wird. Nur sechs Prozent der in dieser Verwaltung beschäftigten Personen sind dem Prüfungsbericht zufolge Berufsbeamte, und ein Großteil der Verwaltungsdirektanten vermag selbst nach Jahren noch nicht den Anforderungen zu genügen, die von Rechts wegen zu stellen sind. Wenn der Bericht schließlich zu dem Ergebnis kommt, daß bei besserer Organisation zwei Drittel des Personals und die Hälfte der Ausgaben eingespart werden könnten, so haben wir es hier mit einer Luxusdemokratie zu tun, die sich ein besetztes und verarmtes Volk einfach nicht leisten kann.

Nur die Feigen und Bequemlichen, die Erwigswenigenden und Richtungslosen drücken sich um eine politische Entscheidung. Im täglichen Leben würde jeder, er sei denn ein ausgesprochen Trottel, den Vorwurf der Feigheit und Drückebereitheit als Ehrenkränkung empfinden, auf die er wahrscheinlich handgreiflich reagieren würde. Soll ein politischer Trottel da ein Ehrenmann sein? Niemand kann sein eigenes Schicksal, und sei es noch so klein, aus den Zusammenhängen und von den Folgen politischen Geschehens abhängen. Träge und Schwächlinge, die nicht den Mut zu politischem Bekenntnis aufbringen, verdienen keine Nachsicht und keinen Staat der Sauberkeit und Ehrlichkeit, wie ihn politisch und freiheitlich denkende Menschen zu erkämpfen streben. Wer gestern sich widerspruchlos und spießhakenhaft der Knute des Diktators beugte und heute von der ihm durch die Demokratie geschenkten Freiheit keinen Gebrauch zu machen weiß, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, Treibholz und Flugsand, Volks- und Staatsschädling zu sein. Darum gilt unser erster Appell den Wahlarbeitern, weil die Anständigen und Verantwortungs-bewußten sich nicht wieder schämen und sich vom Ausland sagen lassen wollen, wie es nach den Malwahlen des letzten Jahres die Pariser Zeitung „L'Aurore“ getan hat, die geringe Wahlbeteiligung in Baden sei ein Beweis dafür, „daß die Deutschen doch noch nicht hinreichend für die Demokratie gewonnen sind.“ Die Besten gehören in die Verwaltung, ihre Auswahl aber setzt unsere Wahlbeteiligung voraus.

Wie der fraktionslose Abgeordnete Julius Höllerer, der bis zu seinem Zerwürfnis Einzelheiten noch gebelngelassen

mit Loritz zu dessen engsten Freunden gehörte, einem Dena-Vertreter mitteilte, könnte die Verhaftung nach seinen Informationen am Starnberger See erfolgt sein. Es sei wahrscheinlich, daß der Polizei der Aufenthalt des Exministers schon längere Zeit bekannt war. Ebenso wahrscheinlich sei aber auch, daß ihr Arm nicht lang genug war, da Loritz sich auf einem klösterlichen oder diplomatischen Besitz verborgen gehalten haben könnte.

### A'fred Loritz verhaftet

— Wo hielt sich Loritz verborgen?

München. Die Verhaftung des ehemaligen bayerischen Sonderministers und Landesvorsitzenden der WAV, Alfred Loritz, nahm die Münchener Kriminalpolizei vor. Ueber den Ort sowie die näheren Umstände der Verhaftung verweigerte die Polizei auf höhere Weisung jede Auskunft.

Wie der fraktionslose Abgeordnete Julius Höllerer, der bis zu seinem Zerwürfnis Einzelheiten noch gebelngelassen

### Streikdiktat der Gewerkschaftsfunktionäre

Der Arbeiter ist nicht mit dem Herzen dabei — Schädigung deutscher Produktionskraft

Düsseldorf. Etwa 75 Prozent der Ruhrbevölkerung lehnen nach einer Umfrage eines Dena-Reporters die Demonstration der Gewerkschaften ab. Zehn Prozent begrüßen den Anlaß als „Rubetag“, während zehn Prozent die Gewerkschaften nicht „im Stich“ lassen wollen und fünf Prozent zu den radikalen Streikelementen gehören. Etwa achtzig Prozent der Befragten bangen um ihren Lohn, der ihnen nun vor Weihnachten geschmälert werden soll.

und 300 000 Tonnen Kohlen, den streikenden Arbeitern aber rd. 300 000 Mark Löhne verloren.

#### Eisenbahn streikt nicht

Der Eisenbahnverkehr in der Bizone wurde wie an Werktagen durchgeführt. In einem Aufruf der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands heißt es, der Reichsbahnbetrieb könne gegenwärtig mit Rücksicht auf die Sicherung der Ernährungslage des Volkes nicht stillgelegt werden, da sonst Tausende von Tonnen leichtverderlicher Lebensmittel sowie Millionen Liter Milch für Kranke und Kinder dem Verderb preisgegeben werden müßten.

#### Ein vernünftiger Bürgermeister

Der Homberger Bürgermeister Max Reichert hat seinen Beamten, Angestellten und Arbeitern die Teilnahme am Generalstreik verboten. Reichert erklärte, daß sich die Gewerkschaften mit der Ausrufung des Generalstreiks auf das Gebiet parteipolitischer Machtkämpfe begeben hätten und damit gegen die bessische Verfassung verstoßen würden.

Nur der Gedanke der Souveränität des Volkes gibt die Kraft und den Mut, allen Erschwernissen der Gegenwart zum Trotz, Neues zu schöpfen. Der Christlich-Demokratischen Union können wir darum nicht den Vorwurf ersparen, diese Souveränität mit Füßen getreten zu haben, weswegen die Demokratische Partei gegen Staatspräsident Wohleb und eine Reihe von Ministern wegen Verfassungsverletzung den Antrag auf Erhebung der Ministerklage gestellt hat. Wir sind überzeugt, daß uns weiteste Schichten des badischen Volkes in dem Kampf um seine Rechte und seine Souveränität unterstützen werden. Ein Volk, das von seinem demokratischsten Rechte, dem Wahlrecht, Gebrauch macht, kann eine ihre parlamentarische Mehrheit mißbrauchende Regierungspartei zwar vorübergehend, aber nicht auf die Dauer mundtot machen. Weil der Demokratischen Partei Souveränität und Freiheit des Volkes so hoch stehen, glaubt sie auch, daß ihr aus den Kreisen freiheitsbewußter badischer Menschen am 14. November neue Mitstreiter erwachsen werden.

## Badische Frau, Bürger und Jungwähler erfülle Deine Pflicht!



# Standrede aus dem Freiburger Kaufhaussaal

### Was der Lehrer Hinkende Bote im Badischen Landtag erlebte

Im Garten des „Rebstock“ in einer oberbadischen Weinort hockten vor kurzem einige Markgräfer beisammen, um ihre Gedanken zum Heimatgeschehen auszutauschen und den Neuen zu probieren. Von der dicken Linde neben gelbe Blätter auf die paar Tische nieder, die der Wirt bei milder Herbstwitterung noch immer draußen hatte stehen lassen, und — vom 1948er befeuert — wandten sich die Reden den Gemeindefragen zu. „Was interessiert uns die Rathauspolitik?“, hub der Bauer Dullenkopf an und füllte seine Pfeife mit selbstgezogenem Tobak. „An der großen Politik ändern wir damit nichts! — Da tritt Ihr, lieber Dullenkopf“, wandte der Lehrer Zapfel ein. „Der Lehrer muß es wissen“, fügte Leo Siefert, der eine kleine Ziegelei besaß, vertrauensvoll hinzu. Und der Rebwart meinte, erneut einsehend, daß

Münsterplatz pfliff, sah ich mitunter als einziger Zuschauer im Landtag, denn damals war das Volk, wohl infolge der harten Ernährungs- und politischen Geschehnissen nicht allzusehr zugegen. Inzwischen hat sich dies freilich geändert; der Zustrom zu den letzten Sitzungen war so stark, daß man an der Pforte Eintrittskarten verlangte. Da ich weder über eine ministerielle Bescheinigung noch über einen Pressenausweis verfügte, war ich fast nicht in den Saal hineingelangt, doch die Landtagssekretärin hatte mit meinem Holzbein Mitleid und zwinkerte dem Polizeibeamten zu, mich auch ohne Karte einzulassen. Oben im Saal sah ich nun die Fraktionen in langen Bänken sitzen; die meisten Plätze nahmen die Abgeordneten der CDU ein; doch wenn ihnen der Redner einer anderen Partei etwas Unangenehmes vorbrachte, gingen sie meist hinaus in den Vorsaal oder hinunter in Oberkirchs Weinstube und ließen ihre Plätze leer. Die Herren von der äußersten Linken dagegen hielten meist Propagandareden, die das fötliche Paradies schmackhaft machen sollten, das hohe Haus quillte ihre Ueberzeugungsversuche jedoch stets mit Gelächter oder, wenn ihm die Schlägerungen zu „bunt“ wurden, mit empörrten Zwischenrufen.

„So habt Ihr also keinen erfreulichen Eindruck von unserem Landtag gewonnen, Kalenderbote?“ fragte der Ziegeleibesitzer, eine Prise Lotbeck nehmend. „Das will ich nicht sagen“, fuhr der Hinkende fort, „im Gegenteil: seit die Demokraten mit Leidenschaft für die Bedeutung des Parlamentes im demokratischen Staat eingetreten sind und mit Energie — vor allem durch den Mund des Lörracher Rechtsanwalts Vortisch — den Ermächtigungsanspruch und die Gesetzesinflation der Regierung zurückgewiesen haben, hat der Landtag wieder mehr an Gewicht gewonnen. Und ich muß eingestehen, daß mir die Ansprachen und Anträge mancher Fraktionen recht gut gefallen haben und daß ein durchschlagender Erfolg durchaus anerkannt werden muß. So erinnerte mich vor allem die Rede der Demokraten an die feurigen Worte, die die 48er-Republikaner vor hundert Jahren aus tiefem Verantwortungsgefühl zum Volke sprachen. Schon in den ersten Landtagsitzungen des vorigen Herbstes gesiel mir die mannhafte Art, mit der die Demokraten für eine großzügige generelle Erledigung der Entnazifizierung eintraten und die Bestrafung von Gesinnungen als absurd zurückwiesen. Die Gemeindefragen vom 14. November würden auf eine Usanyme von Schwierigkeiten stoßen, wenn die Demokraten in einer Sitzung dieses Sommers nicht eine wesentliche Wahlvereinfachung für die von der Säuberung betroffenen Personen erzielt hätten.“

Der Lehrer Hinkende Bote trank, mit reden innehaltend, genießerisch von einem Markgräfer, sprach sich lobend über seinen Duft aus und setzte seine Standrede folgendermaßen fort: „Auch für die landwirtschaftlichen Belange setzten sich in erster Linie die Demokraten ein. Hört zu, Bauer Dullenkopf, denn Euch wird es besonders interessieren, was Ökonomenrat Vielhauer als landwirtschaftliche Experte, Bürgermeister Stahl als Vorsteher einer Schwarzwälder Landgemeinde und der Obstbauachverständige Weber durchsetzten. Bürgermeister Vielhauer, auf dessen Wort unsere Bauern großen Wert legen, erreichte — da er die Nöte der Landwirtschaft aus enger Führungnahme kennt — die Senkung der Branntweinsteuer, die Zuteilung von Zucker für die Landwirte und die wirksame Bekämpfung Wildschweinflage (dieser felderzerstörenden Plage), die Zuteilung von Düngemitteln für die Landwirte und die wirksame Bekämpfung des Borkenkäfers an den Obstbäumen. Bür-

germeister Stahl hingegen, der mit jugendlichem Elan gegen die Krebschäden der Landwirtschaft anzugehen pflegt, sorgte für die Einschränkung der müßlichen Hofkontrollen, für die Preisbestimmung des abzuliefernden Schlachtviehs am Verladeort, für den Wegfall der Milchstrafen und für die Aufhebung des Verbots, die Winterkartoffeln direkt beim Erzeuger zu besorgen.

„Sappermost, er hat recht!“, rief da der Bauer Dullenkopf. „Ich selber mußte als Erzeuger meine Kartoffeln vier Wegstunden weit zur Sammelstelle führen, und mein Nachbar konnte sie als Normalverbraucher die gleiche Strecke wieder zurückholen. Es ist ein Segen, daß Bürgermeister Stahl diesen Unfug abstellte.“

„Die Demokraten“, fuhr der Kalenderbote fort, plädieren eben für Vereinfachung auf allen Gebieten, darum sind sie auch mit Erfolg gegen den übertriebenen Bürokratismus unserer zwangswirtschaftlichen Amtsstuben angegangen und haben durch ihre Zähigkeit — trotz mancher Einwände der CDU und der SP — beträchtliche Lockerungen herbeigeführt. Hiernit komme ich auf die wirtschaftlichen Erfolge der Demokraten im Badischen Landtag zu sprechen, und ich denke, daß auch Ihr dafür Interesse habt.“

„Berichtet weiter!“, sagte der Ziegeleibesitzer. Gerade er als Unternehmer habe an dieser Frage ein brennendes Interesse.

„Wie auf allen Gebieten“, sagte der Hinkende, „beanstandete die Demokratische Partei — hier vor allem vertreten durch ihren Landesvorsitzenden, Oberbürgermeister Dr. Waeldin, und durch den Abgeordneten Weißer — auch hier die mangelnde Initiative der Regierung sowohl in der Demontagefrage wie auch hinsichtlich des dringend notwendigen Warenexports. Dr. Waeldin, ein eingeleuchteter Badener, aber einer von weltmännischem Blick, zeigte unter anderem die Gefahren der Holzentnahmen und der Prioritätsrechte für unsere Wirtschaft auf und verlangte die Aufstellung blockierter Lager. Mit besonderem Nachdruck wies Dr. Waeldin auch mehrfach auf die Belange der Stadt Kehl hin.“

Der Schulmann, ein gebürtiger Kehler, nickte beifällig und wollte danach die demo-

kratische Haltung nach der Währungsreform weisheitlich und währungsbesinnlich war. Das demokratische Parlament — vertreten durch 62 bäuerlicher Abgeordneter Raulie als Sprecher — vor allem um das Schicksal der Kriegsheldern, der Kriegsbeschädigten, Invaliden und alten Leute besorgte, für die man eine Sonderregelung forderte. Darüber hinaus vertrat Bürgermeister Menges das Anrecht der heimkehrenden Kriegsgefangenen. Über positive Standpunkt der Demokraten in der Frage des Ländereinsatzes wurde ja — ohne daß die badische Tradition verungünet würde — hinreichend bekannt. Als weitere Tat der Demokraten im Landtag sei lediglich noch der Kampf gegen das Zentralabstar genannt, gegen das sich Frau Dr. Teutsch mit warmem Verständnis für die Jugend wandte. Geradezu klassisch in der jungen Geschichte des Badischen Landtags wurde hierbei die von Rechtsanwalt Vortisch zitierte Prüfungsfrage, welches der Lieblingswein Ciceros gewesen sei.

Da es im Garten inzwischen kühl geworden war, begab man sich in die Wirtsstube, wo man am Eckstisch Platz nahm, über dem die alten Zunftzeichen hingen. Nach der Landtagspolitik des Staatspräsidenten befragt, erläuterte der Hinkende Bote: „Seine Rede, gespickt mit lateinischen Zitate, vertrat eine vollendete klassische Bildung. Dies täuscht jedoch nicht über einen selbstzufriedenen partikulären Optimismus hinweg, der seine Politik kennzeichnet sowie über seine mangelnde Entschlußkraft. Das unangenehme Auftreten der Demokraten veranlaßte ihn zu einer festeren Haltung, und damit erreichte ihre aufbauende Opposition einen indirekten Erfolg. Das ist es, meine lieben Markgräfer Freunde, was ich Euch heute über die badische Politik und meine Erlebnisse im Landtag sagen will. Was Ihr am 14. November wählen sollt, das müßt Ihr nun selber entscheiden, denn nach dem alten Grundsatz eines badischen Kalendermannes halte ich es mit unserem verehrten Prälaten Johann Peter Hebel, indem ich Euch im volkstümlichen Plauderton die Tatsachen unerbitterlich, die Folgerung jedoch Eurem alemannischen Scharfsinn überlasse.“ G. F.



die Novemberwahlen nicht nur für die Gemeindefragen entscheidend, sondern auch für die große Politik von weittragender Bedeutung seien. „Aber was sollen wir wählen?“ fragte der Landwirt. „Welche Partei ist am meisten fürs Volk?“

Da trat zu den Markgräfern durch das Gartentor ein Mann im blauen Rock, mit federbesetztem Hut und Reisetasche heran, so recht ein Gewand der napoleonischen Zeit, und als die Zehenden zu ihm aufschauten, gewahrten sie erstaunt, daß er ein Holzbein hatte. „Der Lehrer Hinkende Bote!“ rief der Lehrer und sprang von seinem Platze auf. „Seid willkommen im Markgräferland!“ Entrotet reicheten ihm die anderen die Hände.

Der Hinkende setzte sich zu den Oberländern an den Tisch, ließ sich vom Wirt ein Glas Wein füllen und sagte, er habe im Vorübergehen das Gespräch über die Gemeindefragen erlauscht und wolle — da er vor hundert Jahren bereits an den demokratischen Dingen teilgenommen habe und in der parlamentarischen Geschichte des Musterländchens beschlagen sei — auch heute ein Wort zu dem wichtigen Thema sprechen.

„Se sagt, was wir wählen sollen, Kalendermann!“ forderte Dullenkopf ihn auf. Der Hinkende schüttelte den Kopf. „Das mögt Ihr selber überdenken“, entgegnete er. „Ich will Euch heute lediglich erzählen, was ich im Badischen Landtag zu Freiburg erlebt habe, an dessen Vollsitzungen ich in den letzten Monaten unbemerkt teilgenommen.“ „So berichtet!“ riefen alle im Chor.

Da begann der Volksmann mit seiner Standrede: „Der Kaufhaussaal, in dem das badische Parlament tagt, ist mir wohlbekannt, denn ich ging dasselbst schon vor hundertundfünfzig Jahren ein und aus. Im vergangenen Winter, als der Nordwind über den

## Die Parole der Frau

Angesichts der Tatsache des Frauenüberschusses — es kommen auf 1000 Männer 1480 Frauen — gibt es wohl keinen Zweifel, daß es gerade auf die Frauen ankommt, ob sie zur Wahlurne gehen oder nicht. Fehlen bei dieser zahlenmäßigen Ueberlegenheit die Frauen an der Wahlurne, so wirkt sich dies durch eine prozentual niedrige Wahlbeteiligung aus.

Warum gehen nun so viele Frauen nicht zur Wahl? Hier kann man vielleicht von drei verschiedenen Kategorien sprechen. Bei einigen — es sind glücklicherweise die wenigsten — wollen es die Ehemänner nicht; entweder sie trauen ihrer Frau nicht die nötige Einsicht zu oder sie bleiben selbst aus kurzweiligen Gründen der Wahl fern und verlangen das gleiche von ihrer Frau.

Bei der zweiten Kategorie handelt es sich um solche Frauen, die entweder völlig interessiertlos oder zu bequem sind, ihr Wahlrecht auszuüben, was sie aber dennoch nicht hindert, nach der Wahl an allem herunzu- kriteln und dauernd etwas auszusetzen. Hält man ihnen dann vor, daß sie selbst Schuld daran tragen, dann hört man immer wieder: „Ach, es hat ja doch keinen Zweck!“ Ja, liebe Mitschwester, wenn Ihr nicht zur Erkenntnis kommt, daß jede einzelne mitverantwortlich ist, dann hat es wirk-

lich keinen Zweck. Ihr habt aber damit auch jedes Recht auf Kritik verwerkt!

Und nun zur dritten Kategorie der nichtwählenden Frauen. Im Gegensatz zu den vorherigen sind sie absolut bereit, ihre Wahlpflicht zu erfüllen. Aber äußere und innere Hemmungen halten sie der Wahlurne fern. Häusliche Arbeiten am Vor- und Nachmittag scheinen ihnen kaum Zeit zu lassen, zur Wahl zu gehen, höchstens im Verein mit dem Kirchgang. Die Wahllokale liegen jedoch, besonders in den Städten, nirgends so weit entfernt, daß nicht auch die Hausfrau die kurze Zeit zur Ausübung ihres Wahlrechts erübrigen könnte. Die berufstätige Frau ohne häusliche Obliegenheiten hat es natürlich einfacher, aber trotzdem fällt es auch ihr manchmal leicht, zu wählen. Für beide Teile ist, da sie gewissenhaft ihre Pflicht tun wollen, die Frage: „Wen wähle ich?“ von ausschlaggebender Bedeutung. Die Antwort ist nicht allzu schwer. Ueberlegt und prüft, welche Partei eine klare und großzügige Politik getrieben hat, welche Partei gerade im Stadtrat wirklich durchführbare Anträge mit Erfolg gestellt hat und welche Partei tatsächlich für alle ohne Ansehen der Person oder des Standes sich eingesetzt hat. Dann fällt die Antwort nicht mehr schwer. „Wir wählen die Demokratische Partei.“

## Demokratie ist das nicht

### Wahlkampfmethoden der CDU

Baden-Oos. Wir haben schon immer behauptet, daß die Worte „Christlich“ und „Demokratisch“ im Namen der CDU Bismarck sind, um die Wähler zu ködern. Wer es nicht glauben wollte, mußte sich hier eines Besseren belehren lassen.

Am letzten Sonntag vor der Wahl fand im Schlosshaus Baden-Oos eine öffentliche Wahlkampfberatung der CDU mit „Lager Ausprüche“ statt. Gleich zu Beginn seitens der versammelte die bademische Bedingung, daß in der Aussprache nur „kommunale“ Anliegen vorgebracht werden dürfen. Der Sprecher der jungen Union und eine Rednerin berichteten von kommunalen Dingen über überhaupt nichts. Nur der Hauptredner ging einigermaßen auf die Gemeindepolitik ein, aber erst, nachdem er sich über die allgemeine politische Situation lang und breit in Gemeinplätzen ergangen hatte. Seine Worte wurden von Anfang an durch Zurufe unterbrochen. Darauf ließ er seine Stimme gewichtig anschwellen und donnerte die „Opposition“ mit „christlichem“ Kasernenhofen zusammen. Zwei „Gemaßregelte“ verließen darauf unter Protest den Saal, während der Vertreter der Demokratischen Partei blieb, um den Verlauf dieser „pseudo-demokratischen“ Veranstaltung bis zuletzt zu verfolgen.

Nachdem der Hauptredner geendet hatte, schloß der Versammlungsleiter seine eigenen längeren Ausführungen an und war offensichtlich bemüht, die Diskussion „mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit“ unter den Tisch fallen zu lassen. Dies bemerkend, unterbrach ihn ein Vertreter der Sozialdemokratischen Partei und verurteilte die Art, in der am Anfang seine Parteifreunde niedergebüllt worden waren, schärfstens. Zwischenrufe habe es immer gegeben und ein guter Redner fertige sie ab, ohne beleidigt zu werden. Doch da zeigte sich sofort der „demokratische“ Geist der CDU, indem der „christliche“ Redner kategorisch erklärte: „So weit geht unsere Liebe nicht.“ Als der Vertreter der Demokratischen Partei die Beschränkung der Aussprache auf kommunale Dinge beanstandete, wobei ein großer Teil der Anwesenden seiner Meinung war, daß er sich ja auf das beziehen müsse, was die Redner vorgetragen hatten, war man bereit, die freie Diskussion durchzuführen. Die Redezeit wurde dann gleich auf 5 (!) Minuten festgelegt, obwohl sich sonst niemand zum Wort gemeldet hatte. Zum Ausreden kam der demokratische Vertreter aber nicht, denn als man bemerkte, daß seine Worte bei den Hörern Anklang fanden, sprang der Hauptredner auf und rief mit den Worten: „Jetzt halten Sie eine Wahlrede!“ das Gespräch wieder an sich. Die Versammlung wurde dann sehr schnell geschlossen.

Diese unfairen Methoden kommen aus der nagenden Angst vor dem Aufkommen der Wahrheit. Wir wußten das schon immer, aber auch die CDU-Anhänger werden das Firmenschild dieser Partei nun kritischer betrachten, und das genügt uns. Reinhold Moick.

## Berufsständische Gliederung der Kandidaten der Demokratischen Partei

Von 480 Kandidaten auf den Wahlvorschlagslisten für die Gemeinde- und Kreiswahlen gehören den verschiedenen Berufen an: Landwirte 112, Handwerker 107, Arbeiter 62, Kaufleute und Angestellte 61, Beamte 36, Freie Berufe 25, Hotel- und Gast-Gewerbe 21, Fabrikanten 18, Gewerbl. Unt. 15, Kriegsversehrte und Flüchtlinge 4.

## Ein phantastischer Plan:

### Radioaktiver Verteidigungsgürtel von Stettin bis Triest

London. Das Londoner Abendblatt „Evening Standard“ gibt seinen Lesern Kenntnis von einem phantastischen Plan, der von den Generalstäben Amerikas und Englands augenblicklich überprüft werde und namhafte Gelehrte zu Verfassern habe. Es handele sich darum, einen 80 Kilometer breiten radioaktiven Verteidigungsgürtel von Stettin bis nach Triest für den Kriegsfall vorzusehen, der wirksamer als der heute bestehende Eiserner Vorhang West und Ost durch eine undurchdringliche „Zone des Todes“ trennen werde.

Die Angelegenheit klingt sehr phantastisch, da sie aber, wie das Blatt an mehreren Stellen betont, von den Generalstäben ernsthaft geprüft werde, berichten wir über sie gemäß den Angaben des „Evening Standard“. Dank der heute schon verfügbaren Mengen von radioaktiven Stoffen sei es möglich, einen solchen Verteidigungsgürtel aufzubauen. Innerhalb dieser Zone, die sich bis zu sehr großen Höhen erstrecken werde, sei jedes menschliche oder tierische Leben unmöglich, und auch Flugzeuge könnten nie kam durchqueren, da die Besatzungen vom Tod ereilt würden. Dabei sei aber ein solches, durch Luftbombardements radioaktiv gemachtes Gebiet nicht von dauernder Gefährlichkeit, sondern nach geraumer Zeit und besonders nach ergiebigen Regenfällen werde das Leben auch hier wieder möglich werden.

# Wie Du heute wählst, so wird morgen regiert



Feuilleton

Die junge Generation

Schule und Züchtigungsrecht von H. Gravenstein

„Der hat uns manchmal anständig das Fell verhauen!“ Das ist eine oft gehörte, meist mit Kopfschütteln vorgetragene Erinnerung an die Schulzeit vieler Menschen.

Nimmt man sich einmal die Zeit, einige Dutzend Leute zu fragen, welche Empfindungen die Erinnerung an selbst erlittene Körperstrafen in ihnen weckt, so wird der größte Teil der Befragten negative Empfindungen zugeben.

Wie läßt sich nun dieser offensichtliche Gegensatz in der Auffassung des Erwachsenen erklären? Hier die deutlich ablehnende Erinnerung an eigene Leiden, dort eventuell sogar die Anempfehlung der Körperstrafe für die Kinder? Einmal ist das Mangel an folgerichtigem erzieherischen Denken, zum anderen menschliche Unbeherrschtheit.

Man straft allgemein in dem Glauben, daß der „Züchtling“ sich falsch benommen habe. Doch wer stellt da eine Norm auf? Was einem richtig erscheint, ist gerade in Erziehungsfragen noch lange nicht in aller Augen richtig! Ein Erzieher hat in den meisten Fällen eine mehr oder weniger klare Zielvorstellung von dem „Ideal“, zu dem er erziehen will.

Beim Lesen dieser Ausführungen wird bestimmt meist nur an den Lehrer gedacht, obwohl er hier eigentlich nur mit in der Reihe derer steht, die eine Erziehungstätigkeit ausüben. An die Eltern denken wahrscheinlich nur ganz wenige.

Wie ist nun die rechtliche Situation? Ist ein Lehrer rechtlich überhaupt zu körperlicher Züchtigung befugt oder nicht? Tatsache ist, daß ihm eine Züchtigung gestattet ist, wenn ein Schüler ihm dauernd den Gehorsam verweigert oder schwere Rohheitsdelikte, z. B. Tierquälereien begeht.

Abitur mit Kurzwellen

Als Primaner haben wir für unser Leben gern „gesieckt“, das heißt mit skrupelloser Gewissenstreue den chronischen Mangel an lobenswerten Fleiß gegenüber den zeitraubenden häuslichen Schulaufgaben durch raffiniert ausgetüftelte Abschmiermethoden und heimliche Zufußler-Propaganda wieder wettgemacht.

Die C-Platte unserer Pennäler-Generation ist abgelaufen; die Technik aber geht weiter. In diesen Tagen erfährt die Öffentlichkeit vom kleinsten Radiosender der Welt, der im amerikanischen Institut der

Grenzen der Züchtigung sind für ihn dort, wo sie auch für die Eltern gezogen sind.

Das Gesetz stellt die körperliche Mißhandlung unter Strafe (§ 223 RStGB), nicht aber die Ausübung des Züchtigungsrechtes durch einen Erziehungsberechtigten oder mit der Erziehung von Kindern Beauftragten. Es spricht von den „angemessenen Grenzen“ der Züchtigung und stellt fest, daß der Erziehungszweck und das Sittengesetz maßgebend für den Umfang des Züchtigungsrechtes sei.

Ein solches Recht hat aber auch der Lehrer. Dieses ergibt sich aus dem Recht und der Pflicht zur Erziehung. Es besteht also nicht nur dann, wenn besondere Vorschriften es ausdrücklich zulassen (Reichsgerichtsentscheidung).

Was spricht nun trotz dieser rechtlichen Situation gegen die Anwendung von Körperstrafen? Strafe und Vergehen müssen in einem gesunden Verhältnis zueinander stehen. Die Körperstrafe, die fast immer einen Akt der Rohheit darstellt, geht aber meist über das gesunde Verhältnis hinaus.

Von Karl May bis Stefan George

Was liest die Jugend? — Eine Schweizer Rundfrage und ihr Ergebnis

Ist die Generation von heute anders als die ihrer Väter? Haben Presse, Radio, Weltkrieg und Technisierung des Lebens die Jugend merkbar beeinflusst? Ist es wahr, daß die heutige Jugend oberflächlicher, unernster und leichtsinniger ist als etwa die Jugend vor 40 Jahren? Diese Fragen bewegen nicht nur die Eltern und Erzieher in Deutschland oder in anderen vom Kriege durchwühlten Ländern; sie haben auch in der Schweiz eine Umfrage veranlaßt, die bei Jugendlichen im Alter von zwölf bis siebzehn Jahren durchgeführt worden ist.

Das Ergebnis dieser Umfrage kann etwa folgendermaßen zusammengefaßt werden: Die heutige Jugend ist weder „besser“ noch „schlechter“ als die Generation ihrer Väter. Sie liest im großen und ganzen die gleichen Bücher, die die Erwachsenen in ihrer Jugend gelesen haben.

Was die Mädchen betrifft, so scheinen sie der sogenannten „guten“ Literatur wesentlich früher und stärker zuzuneigen als die Jungen. Während sich die „männliche“ Phantasie der Schweizer Jugend noch am liebsten mit Indianern und Bastlerarbeiten, mit Seeschlachten, Flugzeugen und Pfadfindergeschichten beschäftigt, tauchen bei den Mädchen klassische Autorennamen, wie Schiller und Keller, auf.

Bemerkenswert ist, daß weder Kriminalromane noch „Liebesromane“ allgemeinen

das brutale Ohrfeigen und Kopfschlagen können erhebliche Schädigungen des jugendlichen Nervensystems hervorgerufen werden. Förster erklärt in seiner „Jugendlehre“ zur Ablehnung der Körperstrafe: Die Grundlage aller moralischen Entwicklung ist Selbstachtung und Ehrgefühl. Die größte Erniedrigung für den Menschen ist aber, geschlagen zu werden wie ein Tier.

Dem denkenden Erzieher stehen, wie bereits betont, noch genug Strafmittel zur Verfügung außerhalb des Prügelregimes. Die Kinder, die zur Beherrschung des für das Leben notwendigen Wissens geführt werden sollen, müssen auch durch vorbildlich sich selbst beherrschende Erzieher zur Beherrschung ihrer selbst erzogen werden.

Alle großen Pädagogen forderten die Persönlichkeit des Erziehers. Alle erkannten im ihnen anvertrauten Kinde das Unteilbare, das Individuum. Und in der Ehrfurcht vor der Schöpfung betreffen sie den Auftrag, das Kind zur Persönlichkeit zu erziehen.

Jugend — wir rufen dich!

Ein erstes Wort zu den Wahlen. Was verspricht Ihr uns? werden die Angerufenen fragen. Ja, mit Versprechungen und vielen Worten ist man in die Jugend unserer Zeit schon des öfteren und von allen Seiten herangeraten.

Wir stehen wieder einmal vor Wahlen, und bei diesen Wahlen muß endlich auch einmal die Stimme der Jugend ein Wort mitsprechen, muß aus der Lethargie des Desinteressiertheits an öffentlichen Leben wachgerüttelt werden!

Die Jugend muß nun einmal in das Räderwerk des politischen Geschehens eingreifen, sie muß mit starker Hand in die Speichen des Steuerwunders unseres Staatsschiffes greifen und dieses Steuer herumreißen.

Der deutschen Jugend fällt die große Aufgabe zu, sich vor der Welt durch ihre Tat zu rehabilitieren. Die Jugend muß sich ihre Zukunft selbst bauen, ihr ist es in die Hand gelegt, den Zweifeln an Deutschlands Zukunft zu beweisen, daß nun nicht mehr geschlafen wird, sondern daß wir beweisen wollen, daß unsere Haltung keine politisch unfähige ist!

Die Redaktion im Schulzimmer

Die Mehrzahl der höheren Schulen in den Vereinigten Staaten hat ihre eigene Schulzeitung; unter diesen Blättern gibt es — je nach der Größe und Ausstattung der Schule — erstklassig gedruckte Zeitungen oder nur einfach vervielfältigte Nachrichten- und Mitteilungsblätter.

Die Publikationen werden von den Schülern selbst geschrieben, redigiert und herausgegeben. Sie erfüllen damit einen doppelten Zweck: Sie informieren die Jugend über alle wichtigen Ereignisse und Nachrichten aus dem Schulleben, und fördern außerdem im hohen Grade junge Schriftsteller- und Berichterstattertalente.

Ein größeres College hat meist eine ganze Schulredaktion, deren Chefredakteur alljährlich in einem aufregenden Wahlkampf ermittelt wird. In anderen Schulen wird das Nachrichtenblatt im Rahmen des Unterrichts innerhalb der Fächer Englisch oder Journalistik zusammengestellt.

Die Schulzeitungen, von denen es allein in Newyork sechzehn mit einer Gesamtauflage von etwa 16 000 Exemplaren gibt, bringen wie die anderen Zeitungen Leitartikel, die das Interesse der Jugend am öffentlichen Leben Amerikas zeigen.

Jugend-Notizen

Montgomery gründete einen nationalen Jugendverband. Feldmarschall Montgomery stellte für die Gründung eines unabhängigen englischen Jugendbundes einen Fonds von 100 000 englischen Pfund zur Verfügung.

„Mädchen in Uniform“ — noch einmal gedreht. Der erfolgreiche deutsche Film „Mädchen in Uniform“ soll von einer amerikanischen Filmfirma in der gleichen Besetzung, wie sie die ursprüngliche Fassung hatte, noch einmal gedreht werden.

20 englische Studenten werden mit Beginn des Wintersemesters ihr Studium an der Göttinger Universität aufnehmen. Um das deutsche Familienleben kennen zu lernen, werden die Studierenden, für deren Verpflegung die britische Militärregierung sorgen wird, bei deutschen Familien untergebracht.

Kultur-Notizen

Frankfurter Goethehaus vor der Vollendung. Das von Bomben zerstörte Geburtshaus Goethes im Frankfurter Großen Hirschgraben soll bei Eintritt des Winters neu gedeckt sein. Auf dem bereits fertiggestellten steinernen Unterbau wird gegenwärtig das Fachwerkgerüst errichtet.

Goethe-Fiern in Newyork. Das Deutsche Theater in Newyork will zum 200. Geburtstag Goethes im nächsten Jahr eine Reihe von Festaufführungen herausbringen, für die Paul Hörbiger, Hans Moser und Raoul Aslan verpflichtet wurden.

„Goetheana“ in Buenos Aires. Um eine in Buenos Aires neugegründete Literaturzeitschrift „Goetheana“ hat sich jetzt ein Kreis gebildet, der Südamerika die Aufgabe zuweist, die Erbschaft der abendländischen Kultur zu empfangen, zu wahren, zu vermehren und an ihrer naturnotwendigen Vermehrung teilzunehmen.

Werner Krauß als „Julius Cäsar“. Werner Krauß wird die Titelrolle des „Julius Cäsar“ in Wien verkörpern, nachdem sein Burgtheater-Debut zusammen mit Käthe Dorsch in Jacques Devals „Frau deiner Jugend“ angesetzt ist.

Unruh's neue Komödie: „Der Befreiungsminister“. Fritz von Unruh, der den Frankfurter Goethe-Fiern durch seinen großangelegten Vortrag ein besonderes Gepräge gab, ist jetzt wieder nach Amerika abgereist.

Das Geheimnis der Amati-Geigen entdeckt. Das Geheimnis der alten Italienischen Geigen, das nicht zuletzt in dem für ihren Bau verwandten Firnis zu suchen war, ist jetzt durch einen amerikanischen Chemiker entdeckt worden. Nach seinen spektroskopischen und mikrochemischen Analysen haben die berühmten Italienischen Geigenbauer einen Firnis verwendet, der aus Alizarin-Calcium-Rosinat und zuvor behandeltem Hanfsameröl besteht.

Höhepunkt des Wahlkampfes in Baden-Baden:

Das wahre Gesicht des Bolschewismus

Schwennicke über die internationale Bedeutung des Kampfes um Berlin — Ein erschütterndes Bild der Zustände in der Ostzone — Die große Weltgefahr des Kommunismus — Geheiltes Deutschland und Europa als Schutzwall gegen Russland

BADEN-BADEN. (Eigener Bericht) Im überfüllten „Rotes Saal“ des Baden-Badener Kurhauses sprach am Dienstagabend der Vorsitzende der LDP Berlin, Karl Hubert Schwennicke, im Rahmen einer Wahlkundgebung der Demokratischen Partei über die „Blockade Berlins und den Kampf der Ostzone“.

Der Vorsitzende der Demokratischen Partei Baden-Baden, Rechtsanwalt Dr. Bauer, begrüßte zunächst den Berliner Gast sowie die zahlreichen Zuhörer. Herzlich begrüßt ergriß anschließend Schwennicke das Wort.

Alle Schilderungen zur Bruchteile der Wahrheit

Der in der Ostzone herrschende Terror, so erklärte der Vortragende weiter, sei größer als jemals zur Zeit des Nationalsozialismus. Alle bekannten Schilderungen über die Verhältnisse in diesem Teil Deutschlands seien nur ein Bruchteil der schrecklichen Wahrheit.

Ostzonen-Polizei „Prätorianergarde des Kommunismus“

Schwennicke erklärte die Bezeichnung „Polizei“ für die im Aufbau befindliche Militärmacht des Kommunismus von über 400.000 Mann in der Ostzone, die mit schweren Waffen ausgerüstet wäre, für eine Blasphemie.

Nicht die von der SED proklamierte Einheit Deutschlands sei das Ziel des Kommunismus, sondern die Spaltung. Was man selbst beabsichtige, versuche man nach dem alten Rezept seinem Gegner in die Schuhe zu schieben.

Ausplünderung der Ostzone

„Hunger, Not, Elend und Armut herrschen heute in der Ostzone“, fuhr Schwennicke fort. Die Verhältnisse seien schlimmer als in den Zeiten des Bombenkrieges.

Der Redner wandte sich in diesem Zusammenhang schärf gegen den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses des deutschen Volksrats, Ulbricht, der die Ausplünderung der Ostzone begründe, weil sie die Kraft der Sowjetunion im Kampf gegen die Westmächte stärke.

Ausgeschlossen kam Wolf auf die wirtschaftlichen Ursachen zu sprechen, die das demokratische Leben heute gefährden. Zur Währungsreform sagte Wolf bei dieser Gelegenheit, wir seien durch dieselbe nicht ärmer geworden, da wir schon vorher arm gewesen seien.

Ziel der Kommunisten nicht erreicht

Die Absicht der Kommunisten, die Westmächte aus Berlin zu verdrängen und die Bevölkerung der Stadt durch die Blockade in die Knie zu zwingen, seien mißglückt. Die sowjetischen Machthaber seien heute weiter als je von ihrem Ziel entfernt.

Schwennicke gab in seinen weiteren Ausführungen zu, er selbst und viele Berliner hätten nicht geglaubt, daß eine Versorgung Berlins auf dem Luftwege auf die Dauer möglich sei.

hofft gegeben, daß sie auch den Winter ohne Hungersnot und Zusammenbruch überstehen könnten. In dem unerschütterlichen Mut, den Kampf durchzusetzen, würden alle notwendigen Einschränkungen hingenommen.

Sowjets verpassen ihre Chance

Unmittelbar nach dem Zusammenbruch habe in weiten Kreisen der Bevölkerung die ehrliche Bereitschaft bestanden, mit dem russischen Volk zusammenzuarbeiten. Die Sowjets jedoch hätten diese große Chance verpaßt.

Habschülischer Abwehrkampf über alle Parteigrenzen hinweg

Im Kampf gegen den Kommunismus seien alle Teile der Berliner Bevölkerung über die bestehenden Parteigrenzen hinweg zusammengeführt. In diesem Kampfe gäbe es auch zwischen den extremen Parteien keine Gegensätze.

Generalsekretär Wolf zur badischen Politik

Im Anschluß an die Worte Schwennickes, die mit großem Beifall aufgenommen wurden und wiederholt von zustimmenden Zwischenrufen unterbrochen waren, wendte er sich an die Zuhörer über die Notwendigkeit einer französisch-deutschen Verständigung.

Der Redner wies einig auf die Interessenlosigkeit hin, die weite Kreise der Bevölkerung gegenüber der Demokratie und der Politik im allgemeinen an den Tag legen. Er warnte vor den Folgen dieser „passiven Resistenz“ und zeigte die einzelnen Gründe auf, die weite Kreise verblödeten und die Ursache für deren Gleichgültigkeit bilden.

Kontrollfizierung ein Fehlschlag

Insbesondere wandte sich Generalsekretär Wolf gegen die Entnazifizierung, von der er sagte, sie sei von Anfang an und in jeder Beziehung ein völliger Fehlschlag gewesen, und sie habe dementsprechend einen großen Teil des deutschen Volkes verblödet.

Als besonders bedauerlich bezeichnet es der Generalsekretär der Demokratischen Partei Badens, daß 3 1/2 Jahre nach dem Krieg immer noch kein Friede geschlossen sei und der Kriegszustand de facto immer noch bestehe.

Abschließend kam Wolf auf die wirtschaftlichen Ursachen zu sprechen, die das demokratische Leben heute gefährden. Zur Währungsreform sagte Wolf bei dieser Gelegenheit, wir seien durch dieselbe nicht ärmer geworden, da wir schon vorher arm gewesen seien.

Freie Wirtschaft — aber kein Raubrittertum

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen zeigte der stellvertretende Landesvorsitzende der Demokratischen Partei den Gegensatz und die wirtschaftlichen Widersprüche zwischen der Demontage und dem Marshallplan auf und kam abschließend auf den Druck der steigenden Preise zu sprechen.

„Die hierher und nicht weiter“, „Europa ist nicht Asien!“ Nur wenn der Kommunismus wisse, daß er bei einer Auseinandersetzung die ganze Welt gegen sich habe, sein ein Krieg zu vermeiden.

Berlin begrüßt Kaufmanns Veto im Schöcherherat

Der neutrale Vorschlag zur Regelung der Berliner Frage auf der UN-Generalversammlung in Paris sei am Kern der Dinge vorbeigegangen. Das russische Veto gegen diese Resolution sei daher von der Berliner Bevölkerung mit Erleichterung begrüßt worden.

Appell an französische Besatzungsmacht

Schwennicke appellierte an die französische Besatzungsmacht und das französische Volk, die einsehen möchten, daß die größte Gefahr für ihre Sicherheit nicht in Deutschland, sondern in einem Sieg des Kommunismus über Berlin und Deutschland liegt.

Bekanntnis zum Liberalismus

Abschließend bezeichnete der Redner die Auseinandersetzung zwischen der sozialistischen und liberalen Idee als die entscheidende Frage der kommenden politischen Entwicklung in Deutschland und Europa.

Berung des Sozialdemokratischen Staatsrat und Fraktionsvorsitzenden in Bonn, Professor Carlo Schmid, auf das Problem der Besatzungskosten ein, die er seit 1945 mit 20 Milliarden Mark angab.

Kritik an der Politik der CDU

Zur badischen Politik erklärte der Generalsekretär der Demokratischen Partei Badens, die Politik der CDU sei von dem Grundsatz bestimmt, daß ein Teil der Bürger begünstigt werde, während man den anderen vernachlässige.

Im Anschluß daran wandte sich der Redner dagegen, daß die CDU für sich allein in Anspruch nimmt, eine christliche Partei zu sein. Er betonte, die Politik sei lagere und zeitgebunden, deshalb müsse die Kirche aus der Politik herausbleiben.

Die sogenannten Erfolge, die die CDU und der dieser Partei angehörende Staatspräsident für sich in Anspruch nehmen, untersuchte der Redner in kritischer Form und betonte, soweit Verbesserungen und Erleichterungen bei der Besatzungsmacht erwirkt werden konnten, sei dieser Erfolg ausschließlich auf die Standhaftigkeit des Landtags und aller in ihm vertretenen Parteien zurückzuführen.

Wolf bekannte sich dann im Namen der Demokratischen Partei zu dem Zusammenschluß der drei südwestdeutschen Länder. Er sagte hierzu, man müsse bedenken, daß man zu neuen Ufern strebe und etwas Neues schaffen wolle.

Es gibt heute keine deutsche Gefahr mehr

In diesem Zusammenhang wies der Redner auf die Unzulänglichkeiten hin, die zum Zusammenbruch der Weimarer Republik geführt haben und die auch dem neu zu schaffenden Staat drohen.

Der Vorsitzende der Demokratischen Partei Baden-Baden, Dr. Bauer, dankte den Vorrednern und brachte zum Ausdruck, die Partei sehe mit großem Optimismus dem Ausgang der Wahlen in Baden-Baden entgegen.

Trotzdem will die Partei jedoch auf alle Fälle die Neuwahl Dr. Schlappera als Oberbürgermeister unterstützen, da die Persönlichkeit Schlappers über alle parteipolitischen Gegensätze erhaben sei.

Ausführlich ging der Redner dann unter Ziel der Demokratischen Partei Baden-Baden, Dr. Bauer, dankte den Vorrednern und brachte zum Ausdruck, die Partei sehe mit großem Optimismus dem Ausgang der Wahlen in Baden-Baden entgegen.

Der Vorsitzende der Demokratischen Partei Baden-Baden, Dr. Bauer, dankte den Vorrednern und brachte zum Ausdruck, die Partei sehe mit großem Optimismus dem Ausgang der Wahlen in Baden-Baden entgegen.

DER HEIMATSPIEGEL

Ein letztes Wort!

Was blasen die Trompeten? Ihr Wähler heraus! Schreitet zur Urne und gebt den Gemeinderats- und Kreisratsgremien das Gesicht, wie ihr es euch für deren kommende Amtsperiode wünscht.

Ein letztes Wort, das sprach ich nun. Jetzt hast Du Deine Pflicht zu tun. Mach' Dein Kreuz, ich kann nur raten. In den Kreis der Demokraten.



Oekonomierat Vielhauer Spitzkandidat des Kreises Freiburg

Kreis Freiburg vor den Wahlen

Wolffweiler. Am 6. November veranstaltete die Demokratische Partei eine öffentliche Wahlversammlung. Herr Oekonomierat Vielhauer, M. d. L., sprach über wichtige Probleme der Gegenwart und über die kommenden Wahlen.

Norsingen. Am 7. November sprachen in einer öffentlichen Wahlversammlung Redner der DP zur hiesigen Bevölkerung. Herr Grafenstein, Freiburg, nahm zum allgemeinen politischen Geschehen Stellung und unterstrich vor allem die Bedeutung des politischen Lebens überhaupt, insbesondere aber die Wichtigkeit der kommenden Wahlen.

Au bei Freiburg. Der vom Ortsverein Mierzhausen gefasste Plan, in die Hochburgen der CDU im Hexental eine Bresche zu schlagen, dürfte gelungen sein. Die am Sonntag hier von unserer Partei abgehaltene Wahlversammlung war ein Erfolg. Die zahlreichen erschienenen Männer und Frauen und die Jugend folgten mit gespannter Aufmerksamkeit der großangelegten, alle aktuellen Vorgänge im politischen und bürgerlichen Leben erklärenden Rede des Herrn Bürgermeisters und Landtagsabgeordneten Mengers.

Frau Elisabeth Weicker, Kandidatin der P.ö.-bürgerl. Stadtratsfraktion, nimmt nachfolgend anlässlich der Wahlen zu einem wichtigen kommunalpolitischen Thema Stellung.

Immer wieder hört man in diesen Tagen vor der Wahl die Frage: Soll ich eigentlich wählen, auf meine Stimme kommt es doch gar nicht an! Falsch, ganz falsch: Gerade die eine, Deine Stimme ist notwendig.

Gerade die Gemeindegewahlen geben die Gelegenheit, Männer und Frauen zu wählen, zu denen man das Vertrauen hat, daß sie sich voll und ganz für ihre Aufgaben einsetzen.

Beispielhaft war hierfür die Tätigkeit der demokratischen Fraktion im bisherigen Stadtrat in Freiburg. Aus der Fülle der von ihr eingebrachten Anträge sollen nur einige, die gerade für die Frauen von Bedeutung waren, in Erinnerung gebracht werden.

Welche Arbeit wartet nun auf die neuen Stadträte? Die Sorgen um die Ernährung der Bevölkerung, der Zug um Zug durch Lockerung der Zwangsversorgung verbessert werden muß, wird noch lange vorherrschend sein.

So sind es mannigfache Gründe, die die Demokratische Partei in bewußter Gegensatz zu der Haltung des Herrn Staatspräsidenten in bezug auf die Ländervereinigung stehen.



Bürgermeister Stahl Spitzkandidat des Kreises Neustadt

Die Frau und die Gemeindepolitik

In der russischen Zone seit Monaten ausgezählt einzig und allein in Südbaden, dessen Staatspräsident und Finanzminister das „christlich-sozial“ auf ihre Fahnen geschrieben haben, sind diese, durch die Währungsreform völlig verarmten Menschen auf die örtliche Fürsorge angewiesen.

Auf dem Gebiet der Jugendfürsorge erwartet den Stadtrat eine Fülle von Arbeit; die Schulraumpott, die Verwahrlosung der Jugend, die gesundheitliche Gefährdung der Jugend sind die Momente, die gründliche Abänderung verlangen.

Zum Kapitel der Sozialversicherung nur ein kurzes Wort. Vergleicht man die Beiträge und Leistungen der ehemaligen Ersatz-, Berufs- und Invalidenkrankenkassen mit denen der Allgemeinen Ortskrankenkasse, so kann man nur mit Bitterkeit feststellen, daß die letzteren so unsozial wie nur möglich sind.

Als echte Demokraten fordern wir an erster Stelle die persönliche Freiheit jedes Menschen, auch in der Auswahl seines Arbeitsplatzes. Es ist nicht anzugehen, daß Arbeitsuchenden berufsferne Arbeit zugewiesen wird.

Dem Wiederaufbau der Stadt wendet die Demokratische Partei ihre allergrößte Interesse zu. Ist es doch ihrer unergründlichen Arbeit zu verdanken, daß endlich die Baufluchten in der Kaiser-Josef-Straße festgelegt wurden.

Ortsverein Freiburg teilt mit

Mitglieder und Parteifreunde treffen sich am Wahlsonntag im Hotel „Hohenzollern“ (Nebenzimmer) um 30 Uhr.

Lebhafte Zustimmung für Bürgermeister Stahl

Bonnendorf. In einer gut besuchten Versammlung sprach am Sonntag für die Demokratische Partei Bürgermeister Stahl-Tillsee über brennende Gegenwartsfragen.

Im Rahmen des Kath. Volkshilfswerkes wurde am Sonntag in der Aula der Kunsthandwerkschule der diesjährige Vortragszyklus eröffnet. Wie Dostojewski, Russlands großer Dichter, uns den Menschen des Ostens enthüllt, lautete das von Stadtpfarrer Jürg gehaltene erste Referat.

Bürgermeister Stahl heute in St. Blasien

St. Blasien. Wir erwarten den Höhepunkt der Wahlvorbereitung: denn heute abend spricht hier um 8 Uhr Herr Bürgermeister Stahl, Tillsee unsere Stärke liegt in der Klarheit unserer Ziele, in der Sachlichkeit unserer Aufklärung, in unserer Ablehnung

Was bietet Freiburg?

Samstag, den 13. November: Stadt Bühnen. Kammerspiele: „Der Arzt am Scheideweg“ (in neuer Inszenierung, 19.30 Uhr).

Sonntag, den 14. November: Stadt Bühnen. Casino: Großer Bunter Nachmittag (13.00 Uhr) - Stadt Bühnen, 19 Uhr - Großer bunter Abend, 20 Uhr - Kammerspiele „Der Teufel General“, 19.30 Uhr - „Der Richter von Zalamea“, 19 Uhr.

Täglich: Lichtspiele. Casino: „Schicksal von gestern“. - Friedhofsbau: „König der Landstraße“. - Harmonie: „Die besten Jahre unseres Lebens“. - Kathedra: „Menschen in Gottes Hand“. - Uroni: „Meine Freundin Josefine“. - Augustinermuseum: Richard Engelmann - Institut français: Graphik französischer Meister der Gegenwart. - Haus Stadtmann: Welt der Kinder.

Die Städtischen Bühnen am Wochenende

Heute gibt das Opereensemble der Stadt Bühnen in Trüben ein Gaspiel mit „Albert, Tiedland“. Am Sonntag bringen die Stadt Bühnen in Verbindung mit dem Studio Freiburg des Südwestfunks im Casino einen um 15.00 Uhr beginnenden Bunter Nachmittag, dessen Programm um 20.00 Uhr wiederholt wird.

In den städt. Kammerspielen geht heute erstmals Shaws „Arzt am Scheideweg“ in einer Inszenierung von Peter Wackernagel in Szene (mit Christine Mylius, Claus Clausen, Friedrich v. Bülow, Lothar Bühning, Philipp Orlmann, Kurt Heinz Welke und Theo Martin in den Hauptrollen).



Fabrikdirektor Zahn Spitzkandidat des Kreises Emmendingen

Wirtschaftsminister Wildermuth in Freiburg

Wirtschaftsminister Wildermuth ergreift heute um 20 Uhr in der Harmonie in einer Wahlversammlung der DP das Wort.

Neustadt. Ein freudiges Echo fand eine Einladung der Demokratischen Partei zu einer Frauenversammlung. Zahlreiche hiesige Frauen lauschten gespannt den Ausführungen von Frau Dr. Teutsch-Freiburg, M. d. L., die in klaren Worten ein anschauliches Bild der heutigen politischen und allgemeinen Lage gab.

Menschenwand. Kürzlich hielt der Ortsverein der DP eine öffentliche Versammlung ab, die von 50 Personen besucht war. Nach eingehenden Worten des Vorsitzenden, Uhrmachermeister Hüfner, sprach Bürgermeister Stahl über Gegenwartsfragen, zumal über die Vereinigung von Baden und Württemberg.

Emmendingen. Vor 40 Jahren, Ende Oktober 1903, wurde das städtische Krankenhaus Emmendingen seiner Bestimmung übergeben.



### Generalsekretär Wolf spricht zu den Wählern

Kenzingen. Fast schien es, als böten die engen Räumlichkeiten des Gasthauses „Prinz“ nicht den nötigen Platz zur Durchführung der ersten öffentlichen Versammlung des verjüngten Kenzinger Ortsvereins. Neben vielen Freunden waren zahlreiche Interessierte Beobachter anwesend.

betriebsleiter Jausch, der neben dem Hauptredner des Abends auch den Spitzenkandidaten zur Kreiswahl, Direktor A. D. Zahn, zuzuhören, und andere Herren des Kreisvorstandes willkommen heißen konnte, gab seiner Gemütsregung darüber Ausdruck, daß bei den bevorstehenden Gemeindevahlen die DP eine eigene Liste präsentieren und so dem Verlangen einer breiten Wählerschicht Rechnung tragen könne. Er stellte der Versammlung den Spitzenkandidaten zur Gemeinderatswahl, Weinigungsberger Probst, vor, der sein und seiner Partei Wollen um die Verbesserung der Lebensverhältnisse in der Gemeinde in einleuchtenden Grundrissen bekanntmachte.

Mit einem vergleichenden Rückblick auf die politische Situation des Novembers 1938 begann dann Generalsekretär Wolf seine Rede, die immer wieder von beifälligen Ausrufungen begleitet wurde. Indolenz und mangelndes Verantwortungsbewußtsein in einer Zeit der Not und des Elends seien die Gründe, warum die Weimarer Verfassung ohne lebendigen Geist geblieben sei. 30 Jahre später, am Vorabend der „Bonner Verfassung“, stünden wir vor der ungeheuren Tragik einer Wiederholung jenes Zustands, der sich vor allem bei der Jugend zeigte.

Wo das mangelnde Bekenntnis zur politischen Arbeit herrsche, drückte der Redner in unmißverständlichen Worten aus. Es sei verständlich, daß Glaube und Hoffnung

schwänden und müde Resignation Platz greife, wenn man etwa die letzten begonnenen und faulen fortgeführten Entnazifizierung in einer nicht organisch gewachsenen, sondern von Besatzungsmächten gelenkten Demokratie betrachte oder an die drohende Kriegsgefahr in einer Welt voll Waffen denke. Auch an die noch immer nicht entlassenen Kriegsgefangenen, an das Gespenst der Demontage und an die Versorgungsschwierigkeiten im Gefolge der Währungsreform erinnerte der Redner in diesem Zusammenhang. Um der Gefahr einer Spirale aus dauernder Preissteigerung und Lohnerhöhung zu begegnen, müsse man zur These zurückkehren, mehr und rationeller zu produzieren. Freie Wirtschaft dürfe nicht wirtschaftliches Raubrittertum bedeuten, sie sei aber wie die Freiheit an sich untrennbar. Deshalb müsse Schluß gemacht werden mit der Kommandowirtschaft und ihrem aufgeblähten Verwaltungsapparat.

Was durch die Passivität des einzelnen entstehen könne, zeige das Beispiel der Ostzone. Deshalb gelte allein das politische Bekenntnis, aus dem die Pflicht zum Wählen entstünde.

In sarkastischer Weise behandelte der Redner sodann die „Erfolge“ der CDU als Regierungspartei in „Wohleben“ und deren Methoden im gegenwärtigen Wahlkampf. Er zitierte dabei ein Lörracher CDU-Flugblatt und erinnerte an die „Volksbefragung“ in Schilfingen. Schriftstern Protest erhob er gegen die Mundtotmachung der Opposition durch geringere Zuteilung an Papier und Benzin während der Wahlvorbereitungen.

Nachdem er ausführlich auf das Problem Württemberg-Baden eingegangen war und den Zusammenschluß unter den bereits gegebenen Garantien befürwortet hatte, ging er auf das deutsch-französische Verhältnis ein. Eine deutsche Gefahr existiere nach dem bereits vollzogenen Zerfall in 2 „Ex-Reiche“ nicht mehr. Gegenseitige Achtung und gegenseitiges Vertrauen müssten zum Gemeinut beider Völker werden.

Mit einem leidenschaftlichen Appell an die versammelten Wähler, den historischen Augenblick zu erkennen und mit der Wahl ein Bekenntnis zur Freiheit abzulegen, schloß Generalsekretär Wolf seine ausführliche Rede, an die sich eine rege Diskussion anschloß.

Verboven und Toni Impetoven buchen. Das Publikum war von der Spitzwegmotive verblüffend nachahmenden Inszenierung Karl Langes begeistert. Rudolf Fernau, Horst Belike, Kurt Harris, Margret Carl als Gast (ehemals „Schauspielhaus Tübingen“) und Karin Schlemmer in den Hauptrollen feierten Triumphe.

Neuer Verlag für namhafte Zeitschrift „Merkur“, die Zeitschrift für europäisches Denken, ist von der Deutschen Verlags-Anstalt Stuttgart übernommen worden und erscheint künftig monatlich. In der Ausrichtung und Herausgeberschaft (Joachim Moras und Hans Paesche) tritt keine Änderung ein.

### Die Universität teilt mit

Zum ordentlichen Professor für deutsches und ausländisches bürgerliches Recht an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg i. Br. wurde Prof. Dr. Franz Wieacker ernannt. Als Schüler Prof. Fringsheims begann er seine wissenschaftliche Laufbahn in Freiburg i. Br., wo er sich 1933 habilitierte; seine Lehrtätigkeit führte ihn über Frankfurt a. M. und Kiel nach Leipzig, wo er 1939 als ordentlicher Professor den Lehrstuhl für Römisches Recht übernahm. Nach dem Krieg war er als Gastprofessor in Göttingen und — seit dem WS 1947/48 — in Freiburg i. Br. tätig. Das Lehrgebiet Prof. Wieackers umfaßt das Römische Recht, das deutsche bürgerliche Recht mit Handgeboten und die neuere Privatrechtsgeschichte. Das Römische Recht verband seiner Feder bedeutsame Forschungen. Auch im Bereich des modernen Rechts entfaltet er eine überaus reiche schriftstellerische Tätigkeit, die sich vor allem mit den Problemen der Vermögensrechtsordnung und besonders des Liegenschaftsrechts befaßt.

### Aus dem Kulturleben

Berliner Philharmoniker spielten in London. Das Berliner Philharmonische Orchester, das sich augenblicklich auf einer Konzertreise in England befindet, gab Mittwoch abend unter der Leitung Prof. Furtwänglers in Anwesenheit der Herzogin von Kent, Sir Stafford Cripps und Frau Atlee sein erstes Konzert in London. Das Publikum legte eine

Schweigeminute ein, „um Gott zu danken, daß es endlich möglich ist, für den Frieden unter den Völkern zu arbeiten“.

Trotz Währungschnitt volles Haus. Den größten Publikumerfolg seit der Währungsreform konnte das am 6. November vor dem ausverkauften Stuttgarter Neuen Theater gestartete „Kleine Hofkonzert“ von Paul

**AMTL. BEKANNTMACHUNGEN**

**Freiburg i. Br.**  
Beratungsstelle für körperbehinderte Kinder und Jugendliche aus Freiburg-Stadt  
Dienstag, 23. Nov. 1948, 16 Uhr, in der Chirurg. Klinik, Orthopädi. Abteilung, Hugstetter Straße. Leitender Arzt: Dr. Ihlenfeldt, Facharzt für Orthopädie. (2-28)

**Das Bürgermeisteramt**  
Landwirtschaftliche Unfallversicherung  
Betriebsunternehmer, die seit Oktober 1947 ihren Betrieb eingestellt, neu eröffnet, in einem erheblichen Maße eingeschränkt oder erweitert haben, müssen dies bis 25. November der Versichertenstelle — Stadt. Steueramt, Kronenstr. 2 — anzeigen. Das Unternehmensverzeichnis liegt dort zur Einsichtnahme auf. Auf den Antrag an den Gemeindevorstandstafeln im Rathaus und im Gemeindevorstand Freiburg-St. Georgen wird besonders hingewiesen.  
Das Bürgermeisteramt Freiburg i. Br.

**Villingen**  
Die Eigentümerin der Saarlandschenke, Rosa Winter aus New York (USA), beabsichtigt, an dem bestehenden Saal der Saarlandschenke eine kleine Bühne und eine Kegelbahn mit Kegelstüben zu erstellen und stellt Antrag auf Erweiterung der Konzession.  
Der Antrag wird öffentlich bekanntgemacht. Einsprüche hiergegen wollen innerhalb 8 Tagen mündlich oder schriftlich hier eingereicht werden. (2-69)

**Betrifft: Müllergelände auf dem Huttenloch.**  
Der Herr Gouverneur teilt mit, daß von dem Holz, welches für den Bau von Hindernissen auf dem Müllergelände auf dem Huttenloch befindet, wiederholt nachgefordert wurde.  
Der Herr Gouverneur bittet mich, die Bevölkerung darauf zu ermahnen, daß der Aufenthalt auf dem für militärische Zwecke in Anspruch genommenen Gelände auf dem Huttenloch verboten ist und daß alle Personen, welche auf freier Erde auf Dreibühnen übernachtet werden, vor dem Militärgericht gestellt werden. (2-69)

Villingen, den 8. November 1948. Der Bürgermeister.

Am 8. November 1948, abends, ist Herr

**JAKOB KAHN**  
1. Beigeordneter der Stadt Singen a. HwL.  
nach schwerer Krankheit verschieden. Wir alle danken dem Verstorbenen für seine selbstlose Arbeit, mit der er uns in immerwährender Bereitschaft Vorbild gewesen ist. Du schenke eine gute und klare Haltung ist er uns auch als Mensch wertvoll geworden und nahegeblieben. Wir werden seiner stets in Treue gedenken. (2-69)

Singen (HwL), den 8. November 1948.  
Stadtrat und Stadtverwaltung Singen: Diez, Bürgermeister.

**Leichentransporte**  
von und nach auswärts  
Ausgrabungen mit Spezialwagen  
übernimmt  
MATHAUS VOGEL  
Karlsruhe, nur Hirschstr. 44. Tel. 2747  
Das einzige Unternehmen mit Spezial-Leichwagen an

mit **Kaweco** schreibt sich's gut!

Einstellung von Anwärtern für den gehobenen nichttechnischen Dienst beim Kriegsverschieden-Fürsorgeamt Freiburg  
Beim Kriegsverschieden-Fürsorgeamt Freiburg werden einige Anwärter für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst eingestellt. Die Bewerber müssen mindestens das Zeugnis des erfolgreichen Besuchs von 7 Klassen einer öffentlichen oder staatlich anerkannten höheren Lehranstalt besitzen und dürfen nicht älter als 35 Jahre sein. Bewerberinnen mit Lebenslauf, Schulzeugnis, Zeugnis über die höchste Beschäftigung, Lichtbild und Denzifizierungsbescheinigung sind bis spätestens 20. 11. 1948 dem Personalamt des Bod. Ministeriums der Wirtschaft und Arbeit vorzulegen.  
Freiburg i. Br., den 8. November 1948. (2-70)

Ich bin wieder zurück und habe meine frühere Zahnärztliche Tätigkeit in Freiburg wieder aufgenommen.

**Dr. R. HEIZMANN, Zahnarzt**  
Schwaighofstraße 11  
(Haller Merianstraße 24, 144a Fried. Schatzstr.)  
Sprechstunden: 9-12 und 15-18 Uhr, außer Mittwoch und Sonntag nachts. Zu allen Krankenkassen angeschlossen. (2-67)

**RADIO-LAUBER**  
FREIBURG i. Br.  
Das große Fachgeschäft am Platze

**Radio-Apparate Baujahr 1948**  
stehen zu einer unverbindlichen Vorführung für Sie bereit  
Von DM 134.— bis DM 650.—

**Der große Schlager**  
„FRANKONIA“ 3 Röhren, 6-Kreis-Super  
in formschönem, hochglanzpoliertem Luxusgehäuse . . . . . Nur DM 495.—

**Radio-Röhren**  
wieder größtmäßig lieferbar. Zur Zeit USA- und Wehrmachtörhren sehr preiswert.

**Bastei- und Einzelteile**  
in großer Auswahl zu billigen Preisen am Lager. Auch komplette Bausteine

Neue Versandpreisliste anfordern  
Sitzt günstige Geschenke inklusive

**Radio-Reparaturen**  
werden schnell, gewissenhaft und billig ausgeführt. Kundendienst — Unverbindliche Bezahlung — Originalfabrik-Anlagen

Der Weg in die Kronenstr. 14 lohnt sich immer!

**WIM**

Schäumt  
kratzt nicht.  
von Sunlight-  
deshalb so gut

Papier-Obepidmaschine  
für das BÜRO  
kurzfristig lieferbar  
Max Sutter, Freiburg i. Br.  
Schwaighofstr. 9, Tel. 2203. (2-699)

Warum husten Sie?  
Tun Sie bei der Erkältung  
des Atmungsorgans, den bewährten  
**BERGONA** (2-70)

**Museum-Lichtspiele**  
Donauessingen  
Freitag, 13. Nov., 8.15 Uhr, Donnerstag, 18. Nov.  
**Die Pompadour**  
Samstag, 13. Nov., 8.15 Uhr, Vorstellung!

**Juniperus-Lichtspiele**  
Freitag, 13. Nov., 8.15 Uhr, Donnerstag, 18. Nov.  
**Der Außenseiter**  
mit Heinz Kühmann u. a. m. (2-83)

mit **Kaweco** schreibt sich's gut!

1878 1948  
**70**  
JAHRE  
Nähmaschinen  
Fahrräder  
und Reparaturen  
Dienst am Kunden

**ERNST HILD** FREIBURG i. Br.  
Salzstraße 41. 2-89.

**Elektro-Reparaturen**  
Neuanfertigung sämtl. Anlagen  
Beleuchtungskörper, Radio

**Joh. Gerig, Elektro-Geschäft**  
Freiburg i. Br., Günterstalstraße 42

mit **Kaweco** schreibt sich's gut!

**STELLENGESUCHE**

**Kohlen-Gehry**  
Jetzt Belfortstraße 8 (heute Casino), Telefon Nr. 2184. (2-838)

Ford, 3-10-LKW, Vier- u. Achtkyliner, 600 l. Hubv., Austauschventile, Ersatzteile, Reparaturen, Autorisierte Ford-Verkaufsstelle Kluge u. Co., Freiburg i. Br., Schwarzwaldstr. 9-11. (2-833)

**AN. UND VERKAUFE**

FORD-LKW  
Pritsche und Kipper, Vier- und Achtkyliner, mit Traktoren-Petroleum-Aggregat, auf Lieferbar, Autorisierte Ford-Verkaufsstelle Kluge u. Co., Freiburg, Schwarzwaldstr. 9-11. (2-833)

Zu kaufen gesucht Gut erhaltener PKW in fehlerfreiem Zustand, Angeh. an Neue Verlagsanstalt, Baden-Baden, Langstr. 10.  
Neubau zu verkaufen, im Rohbau fertig, 100 qm, 4 Zimmer, Küche, Bad und Schuppenbau, auf 20 Ar. er. Grundstück, Garten mit Obstbäumen, in ruhiger Lage in Kehl-Kronenhof, Off. unter Nr. 42-21 W an „Das Neue Baden“, Lahr.

**HEIRATEN**

E. geübte, hübsche Mädchen (24 J., groß, naturbeliebig, auch Haus lieb) veranlagt, wünschen, da es ihnen an passender Gelegenheit fehlt, auf diesem Wege mit 1. Herren aus nur gutem Hause bekannt zu werden. Möglichst mit Bildmstr. unter Nr. G 5-23 K an „Das Neue Baden“, Lahr.

Weihnachten allein?

**Harmonie**  
Das Gesinnung für Eheanbahnung hilft!

Avskoch durch die Hälften G-452  
Freiburg, Falkenstr. 26  
Offenburg, Post- u. Tel. 10

**VERLOREN-GEFUNDEN**

Autoplane am 18. 11. 11. abends zwischen Freiburg und Denzlingen verlorengegangen. Der Finder wird gebeten, dieselbe gegen gute Belohnung bei M. Ebel, Lahr, Schlüsselstraße 11, abzugeben. (2-698)

**Büdo**  
auf der Deese steht, ist's Qualität!  
Büdo-Schuh- und Bodenpflege